

Resolution gegen Dichtheitsprüfung

Breite Mehrheit im Ausschuss / 3.100 Unterschriften

■ **Gütersloh** (raho). Das Vokabular ließ an Deutlichkeit nichts vermissen. Von „absolutem Unsinn“ war die Rede, als es Donnerstagabend im Planungsausschuss erneut um die umstrittene Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle ging, außerdem von „Humbug“ und von „größtem Unsinn“. Bis auf die Grünen waren sich alle Fraktionen in ihrer Kritik an den Vorschriften des Landeswassergesetzes einig. Daher soll nun der Stadtrat kommende Woche eine Resolution beschließen, mit der das Land aufgefordert wird, Änderungen am Gesetz vorzunehmen.

BfGT-Chef Norbert Morkes hatte ein möglichst breit angelegtes Vorgehen angeregt. Und so wurde darauf verzichtet, über Einzelanträge der FDP und der BfGT abzustimmen.

Auf den genauen Text der Resolution wollen sich die Politiker in den kommenden Tagen verständigen. Die wesentlichen Punkte dürften aufgrund des Diskussionsverlaufs am Donnerstag freilich bereits feststehen. Silva Schröder (CDU) erntete jedenfalls keinen Widerspruch, als sie mehrere Forderungen aufstellte: Überprüfungsfristen maximal erweitern; Gleichzeitige Überprüfung pri-

vater Kanäle, falls öffentliche Leitungen untersucht werden; Fristen für die Beseitigung der Schäden verlängern; Härtefallregelungen treffen.

Zwar könne wohl nicht davon ausgegangen werden, dass das Gesetz komplett gekippt wird, doch waren mehrere Sprecher der Ansicht, dass auf Landesebene schon Bewegung in die Sache gekommen sei. Daher solle die Stadt vorerst sämtliche Aktivitäten in Sachen Dichtheitsprüfung einstellen und zunächst abgewartet werden, wie sich die Landesregierung verhält. Überdies wurde darauf verwiesen, dass zurzeit lediglich zwei Bundesländer die Dichtigkeitsprüfung beschlossen hätten und letztlich nur eine bundeseinheitliche Regelung Sinn mache.

Aus der Reihe der Kritiker scherten allein die Grünen aus. Die Dichtheitsprüfung sei ein wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Trinkwasserschutz, sagte Birgit Niemann-Hollatz. Angesichts von 3.500 Hausbrunnen müsste eigentlich das gesamte Kreisgebiet als Wasserschutzgebiet ausgewiesen werden.

Eine andere Zahl nannte Norbert Morkes: 3.122. So viele Unterschriften kontra Dichtheitsprüfung habe die BfGT bisher gesammelt.